

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.  
Schließzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anserte werden die 7spaltige Zeitungszeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinstanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 275.

Dresden, Dienstag den 27. November 1917.

28. Jahrg.

## Das Land ohne Regierung.

Nach einer Meldung der Petersburger Zeitung Brodwa befinden sich u. a. folgende Städte in der Gewalt der Bolschewiki: Petersburg, Moskau, Arew, Nischni-Novgorod, Charkow, Odessa, Jekaterinoslaw, Samara, Saratow, Kasan, Aostow, Wolodimir, Kiew, Wjstow, Wjstok, Krasnojarsk, Tobolsk, Serebrihow und Tschirchyn. Dagegen finden im Hauptquartier Beratungen statt, zu denen Miljukow und die Generale Berchowski und Alexejew eintraten. Lenin richtete an alle Militärkomitees der Front den Befehl, alle Mitglieder der Organisation zu verhaften, die sich bei den Beratungen zu den Gegnern der neuen Regierung schlugen.

Laut Wiener Korr.-Buz. hat General Duchonin, der demnach noch auf freiem Fuße ist, an die russischen Armeen eine Nachricht gelangen lassen, wonach die Vertreter der Ententestaaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Jaren und den Regierungen der Verbündeten am 7. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drücken die Vertreter der Ententestaaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein Waffenstillstand, schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den ihm unterstehenden Kommandanten, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, so lange die Lage dieses Landes nicht geklärt ist.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees, Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte, meldet der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten Trozki auf die Mitteilungen des abgesetzten Höchstkommandierenden Duchonin, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg herbeizuführen, wenn sie sich mit diplomatischen Notizen an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg für einen ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen.

Aus Genf wird gemeldet: Das Vorhaben der Petersburger Regierung, alle russischen privaten Geldinstitute zu verstaatlichen, rief in der Pariser Finanzwelt große Beunruhigung hervor. Der Außenminister Nicholson und der Finanzminister Klog konnten über das gedrohte französische Großkapital keine beruhigende Auskunft erteilen. Die Pariser Hoffnungen auf den Sturz der Romanowen seien infolge der Kopenhagener Berichte über die Stimmung an allen russischen Fronten sowie in der Flotte, stark herabgestimmt worden.

Daily Mail meldet aus Petersburg: Gegen Kerenski und Tereschenko ist das Gerücht verbreitet durch den Refektor der neuen Regierung eingeleitet wegen angeblich verbrecherischer Fortsetzung des Krieges nach dem 31. Mai, dem Tage des Friedensbeschlusses der Soldaten- und Arbeiterräte Rußlands.

## Ententeaufruf an das russische Volk.

Genf, 27. November. Das französische Ministerium des Auswärtigen gibt bekannt, daß die Ententeabteilung nach telegraphischer Verständigung beschlossen haben, in einem Aufruf an das russische Volk gegen das Waffenstillstandsangebot der Maximilianen zu protestieren, das eine Verletzung des ungenutzten Vertrags bedeute. Frankreich wolle eine besondere Verurteilung gegen den Versuch des französischen Bündnisses, beide Verfassungen weichen den Bolschewiki nicht notifiziert.

## Buchanan unterwegs? — Frontstimmungen.

Kopenhagen, 26. November. Aus Kopenhagen berichtet eine finnische Zeitung: Das Hauptquartier meldet, daß die Mitglieder der englischen Botschaft aus Petersburg am 23. November abgereist seien. Die Botschaft soll Wiborg passiert haben, ist bisher aber noch nicht in Korna eingetroffen. Es wird daher angenommen, daß der Eisenbahnzug in Finnland zurückgehalten wird. — Die Truppen der nördlichen Front rüsten an den Eisenbahnen ein Telegramm, worin es heißt: „Es darf keine Verhinderung oder Nachlässigkeit mehr stattfinden! Laßt uns nicht verhungern! Das Meer ist seit mehreren Tagen ohne Brot! Abzug des Meeres, die in Petersburg eingetroffen sind, berichten, daß Verhinderungen von Truppenteilen stattfinden müßten. Demnach würden die Soldaten, die dem Hungerbrot nahe sind, sich aus Krankheit oder Mangel an Verpflegung auszuweichen zu geben suchen, in Massen jahresfüchtig. Die Stimmung ist erregt. Unter den Truppen broht eine Hungeremeute auszubrechen.“

## Die Raubpläne der Entente.

Petersburg, 23. November. (Petersburger Telegraphen-Bureau.) Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Trozki hat eine Reihe von Telegrammen und Geheimdokumenten veröffentlicht, die sich sowohl auf die Zeit der gemeinsamen Kämpfe als auch auf die Zeit der Sozialministerien beziehen. Die Soldaten- und Arbeiterregierungen hatten Trozki, die Geheimdiplomatie mit ihren Kanten, Chiffren und Listen abgelehnt. Unser Programm ist der Ausdruck des Willens von Millionen von Arbeitern, Soldaten und Bauern. Wir wollen unerbittlich einen Aufbruch der freien Entwicklung

## Ein englischer Angriff auf Bourlon zurückgeschlagen.

mit. Amlich. Großes Hauptquartier, den 27. November 1917.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Gezetzgruppe Kronprinz Rupprecht  
In Mardern nahm die Artillerieaktivität zwischen dem Hauptquartier Wald und Landwehr am Nachmittage wieder große Festigkeit an.

In einzelnen Abschnitten des Schiffsfeldes südwestlich von Cambrai tagüber harter Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitete englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an; in schwerem Nahkampf wurde sie zurückgeworfen. Die Kampfaktivität blieb auf der ganzen Schiffsfront erregt.

Gezetzgruppe deutscher Kronprinz:  
Kärdlich von Brunas wurde ein französischer Vorstoß im Grabenkampfe abgewiesen. Auf dem östlichen Flußufer war die

Gefechtsaktivität tagüber mäßig. Am Abend trat zwischen Somme- und Beaumont und weiter südlich von Crand erhebliche Feuersteigerung ein.

### Gezetzgruppe Herzog Albrecht:

Am der Combrès-Höhe und zwischen St. Mihiel und Rom-à-Mousson lebte das Feuer zeitweilig auf.

### Ostlicher Kriegsschauplatz

#### Mazedonische Front

Keine größeren Kampfhandlungen.

#### Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

der Bevölkerung ruhenden Frieden erlangen. Die Dokumente beziehen sich auf Konstantinopel und die Meerengen. Der frühere Minister des Auswärtigen Gosonow modifizierte die Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel, die Westküste des Bosporus, des Mar- mara-Meres, Süd-Anatolien bis zur Linie Erzurum-Widia, die asiatische Küste und Tenedos geizend. Die Verbündeten haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt, denen die russische Regierung zugestimmt hat. Nach ihren Ansprüchen soll Konstantinopel ein Freihafen für Waren werden, die nicht nach Rußland gehen und nicht von dort kommen. Die Verbündeten verlangen, daß ihr Recht auf die asiatische Türkei ebenso anerkannt werde, wie das Verbot der heiligen Stätten Arabiens unter muslimanischer Oberhoheit und der Eingliederung der neutralen persischen Zone in die eng- lische Einflusssphäre. Rußland war bereit, ihre Ansprüche anzuerkennen. Seinerseits hat es den Wunsch geäußert, das Gebiet von der Türkei zu trennen. In Berlin schloß sich Rußland für sich um Rapson in den Städten Japan und Jedd. Was die Festlegung der Grenzen mit Deutschland anbelangt, so beharrten sich die beiden Teile volle Handlungsfreiheit. Frankreich gab seine Ansprüche bekannt, denen unser Ministerium zustimmte. Elia- sch-Richtungen mit Frankreich zurückgegeben, einschließlich der Eisen- und Kohlengrubengebiete. Die auf dem linken Ufer des Rheins gelegenen Gebiete sollen von Deutschland abgetrennt werden und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland frei sein. Aus diesen Gebieten würde ein freier neutraler Staat zu bilden sein. Das meckwörderste sind die Telegramme Kronprinzen. Es ist darin die Rede davon, daß die Bolschewiki England, Italien und Frankreich bei Kerenski erschienen seien und ihm erklärt hätten, daß es dringend notwendig sei, Rußland zu erobern, um die Armeeschlagkraft zu machen. Dieser Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzugreifen, war der Regierung peinlich. Tereschenko hat den russischen Volkshof in Washington, dem amerikanischen Kriegsminister mitgeteilt, daß die russische Regierung die Verleumdung des amerikanischen Botschafters in dieser Angelegenheit hoch ansehe.

### Unbegrenzte Rechte gegen Deutschland.

Stockholm, 26. November. Die Petersburger Zeitung Brodwa teilt mit der Veröffentlichung der geheimen Akten fort. Danach teilte der russische Botschafter in Paris, Swosilik, in einem geheimen Telegramm am 26. Februar 1917, Nr. 168, mit, daß die Regierung der französischen Republik Gemüts- und Lebendigkeit der Vereinbarungen zu betonen wünscht, die im Jahre 1915 mit der russischen Regierung getroffen wurden, um nach Kriegsausbruch die Frage von Konstantinopel in Uebereinstimmung mit Rußlands Befreiungen zu regeln und daß sie andererseits ihren Verbündeten alle jene Garantien in militärischer wie industrieller Hinsicht zu liefern wünscht, die für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Fortschritt des Kaiserreichs nötig sind und deshalb Rußland unbegrenzte Rechte in Bezug auf die Festlegung seiner westlichen Grenzen anerkennen.

Diese Raubpläne der Entente sprechen eine deutliche Sprache und sind kennzeichnend für den unerfülllichen Imperialismus unserer Gegner. Gewiß haben auch wir unsere Alldeutschen, aber Regierung und Parlamentsmehrheit haben

solche Vergewaltigungs- und Westaufteilungspläne weit von sich gewiesen.

Man kann verstehen, daß die Kämpfer für Kultur und Völkereinheit über die Veröffentlichung dieser Geheimdokumente erobert sind!

## Keine Friedensvermittlung der Neutralen.

Aus Kopenhagen berichtet das D. B.: Provinzblätter veröffentlichten das Gerücht, die dänischen Sozialisten hätten beschlossen, den Minister des Auswärtigen Scavenius zu ersuchen, sich an die anderen neutralen Staaten zu wenden zwecks Prüfung der Frage, ob die Zeit günstig für die Neutralen sei, das Anerbieten einer Friedensvermittlung zu machen. Das Rigolische Bureau erzählt, daß der Minister Scavenius keine solche Aufforderung erhalten hat und daß, wenn eine solche Aufforderung ergehen sollte, die Antwort in Uebereinstimmung mit dem bei früheren Gelegenheiten eingenommenen Standpunkt der Regierung lauten würde, daß die Regierung sich nicht imstande sehe, in der gewünschten Richtung die Initiative zu ergreifen.

Observatore Romano veröffentlicht folgende Note: Einige Agenturen und Blätter, besonders ausländische, melden, daß der Heilige Stuhl einen neuen Aufruf zugunsten des Friedens an die beiden kriegführenden Mächtegruppen oder an eine dieser beiden Gruppen richtete oder demnach richten werde. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Meldung jeder Begründung entbehrt.

Budapest, 27. November. Die ungarische sozialistische Partei hielt gestern eine Massenversammlung für den Frieden und den Waffenstillstand ab, an der die Budapest Arbeiterchaft in riesiger Zahl teilnahm.

in. Stockholm, 27. November. Die aus einer Haager Konferenz im Jahre 1915 hervorgegangene schwedische Friedensvereinigung legte dem schwedischen Departement des Auswärtigen das Ergebnis ihres Aufrufs zu einer Aktion der Neutralen für einen dauernden Frieden vor. Der Aufruf enthält die Unterschriften von 11 000 Einzelpersonen und von 1074 Vereinigungen. Die Verfasser des Aufrufs hoffen auf eine Erörterung des Gedanken einer neutralen Friedenskonferenz bei Gelegenheit der nächsten skandinavischen Königs- und Prinzessinnenzusammenkunft in Christiania.

Berlin, 26. November. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte auch am gestrigen Donnerstag im Norden und Osten Berlins Kundgebungen auf den Straßen zu veranstalten gesucht. Ansammlungen von einigen hundert Personen schlossen sich am Wedding, am Schlesischen Bahnhof und südlich am Säulensplatz zusammen und verließen von dort in das Stadtimnere zu gelangen. Die Menge stieß am Neuen Markt mit der Polizei zusammen, wobei neun Anwesende festgenommen wurden. Das Straßenbild war am späten Nachmittage wieder wie gewöhnlich.

## Reichstag und Sozialpolitik.

Der am 29. November beginnenden neuen Reichstags-Session schreibt der bekannte Sozialistiker Prof. Trozki in der Sozialen Praxis ein beachtenswertes Leitwort. Man hat in bürgerlichen Kreisen viel davon gesprochen, daß durch die vorgenommene Parlamentarisierung ein einmütiges Zusammenwirken zwischen Reichstag und Regierung erreicht werden solle, daß eine Art neuer Burgfriede geschlossen sei. Sollte das mehr als ein Schlagwort sein, so müßte die Parlamentarisierung mit einem klaren, festen Inhalt erfüllt werden und ihre Lebenskraft und Lebensberechtigung in Taten erweisen.

Dazu genügt es nach Grande nicht, daß der Reichstag „zum Frieden bereit, zum Kampfe entschlossen“ abermals einhellig neue Kriegskredite bewilligt. Das sei eine Selbstverständlichkeit, über die auch nur das leiseste Wort zu verlieren schade sei. Ganz anders stehe es mit der neuen Einigkeit, daß die Neuordnung Deutschlands jetzt erfolgen müsse, nicht bis nach dem Krieg hinausgeschoben werden könne. Tatsächlich sei das neue Deutschland schon am 4. August 1914 ge-

boren worden und wolle leben. könne mit seinen Lebenskan- werden nicht auf den unbestimmten Friedenstag vertröstet werden. Unsere Ernährungspolitik, unsere ganze zwanzig- jährige Kriegswirtschaft lasse sich nicht einfach aus dem Volk- leben wieder wegwischen. In der Sozialpolitik habe die Kriegszeit schon jetzt tiefe Spuren hinterlassen. Man denke an die Betriebsausschüsse und Schlichtungsinstanzen, das Radikaldogmat, den Ausbau des Arbeitsnachweises, die Wochenhilfe, die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente, die Mindestlöhne in der Seimarbeit und vor allem die Anerkennung der Gewerkschaften und Angestelltenverbände als vollbürtige Glieder unseres Staatsorganismus, ihre Verankerung auf allen Gebieten der Kriegshilfe, ihre Befreiung von den Fesseln der politischen Parteien, die Berufung einiger Führer zu Ministern und Würden.

So wurde durch die Not der Umstände selbst der praktische Anfang der politischen Gleichberechtigung erzwungen, welche die Arbeiter fordern. Diese geistlich festgelegten er- kannte die Regierung jeweils immer besser als unaufhör-